



# Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) – Gefahr für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Dr. Michael Harengerd

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# TTIP – Worum geht es?

Seit Juni 2013: EU und USA verhandeln über  
*Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)*

## Ziel:

Förderung des transatlantischen Handels durch

- ... Senken von Zöllen
- ... Abbau „nicht-tarifärer Handelshemmnisse“
- ... erleichterten Marktzugang
- ... Schutz von Investitionen



Jakob Huber/Campact, CC BY-NC 2.0

## Versprechen:

TTIP schafft (Wirtschafts-) Wachstum,  
Wohlstand und Arbeitsplätze.

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Nicht-tarifäre Handelshindernisse – Was ist das?

Unterschiedliche Vorschriften („Standards“) in EU und USA bzgl. der Eigenschaften, der Herstellungsprozesse und der Prüfung eines Produkts.

➔ unterschiedliche Normvorgaben

➔ ABER AUCH: unterschiedliche Regeln zum Schutz der Bevölkerung, der Umwelt/Natur, und von (Nutz-)Tieren.

TTIP:

➔ Hemmnisse beseitigen = Angleichung von Standards  
Gegenseitige Anerkennung von Standards  
Regulatorische Kooperation

# Welche Bereiche sind betroffen?

- Landwirtschaft (Gentechnik, Pestizide, Fleischerzeugung/ Tierschutz)
- Chemikalienpolitik
- Klimaschutz, Energiepolitik
- Öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Kultur
- Öffentliche Beschaffung
- Schutz geistigen Eigentums
- Finanzdienstleistungen
- Datenschutz
- Entwicklungspolitik?
- ...

# Bereich Landwirtschaft/Lebensmittelerzeugung

Gefährdung bestehender Tier- und Verbraucherschutzstandards:

## USA

### Klonen

von Nutztieren erlaubt, keine Kennzeichnung

### Wachstumsförderung

durch Antibiotika, Futterzusätze, Hormone erlaubt, üblich (z.B. Ractopamin)

### Desinfektion

mit Chlor/ Milchsäure erlaubt und üblich

### Tierhaltung:

Legebatterien, Kastenhaltung von Sauen erlaubt

## EU

Kein Klonen, aber Import von Klonnachkommen?

→ Verboten

→ Chlorbehandlung verboten;  
Desinfektion mit heißem Wasser

→ Verboten



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

**BUND**

FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



# TTIP: Ein weiteres Einfallstor der Agrarindustrie

- Allgemeiner Druck auf Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz durch Agrarlobby (z.B. höhere Pestizidrückstands-Grenzwerte, Herkunftsangaben)
- Förderung der Agrogentechnik
- Weitere Konzentration auf Großbetriebe und Agrarindustrie; kleine und mittelgroße Betriebe haben Nachsehen
- Regionale Beschaffung erschwert

# Bereich Gentechnik

## USA

Behörden nehmen Gentech-Zulassungsanträge i.d.R. nur zur Kenntnis. Vertrauen dabei auf Angaben des Herstellers

Keine Kennzeichnung

Keine Sicherheitsabstände nötig für Felder mit und ohne

## EU

Zulassungsverfahren. Umweltauswirkungen und gesundheitliche Effekte werden (wenn auch unzureichend) beurteilt

Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel. Ausnahme: Tierische Produkte (Milch, Fleisch und Eier), die über Verfütterung von Gentech-Pflanzen erzeugt worden sind.

Abstandsregelungen (nach Mitgliedstaat unterschiedlich)



Agrarkonzerne auf beiden Seiten des Atlantiks wollen TTIP nutzen, um ungeliebte Gentechnik-Gesetzgebung der EU in ihrem Sinne zu ändern

➔ Beschleunigte Zulassungsverfahren, Abschaffung der Kennzeichnung

# Bereich Fracking

Fracking: In Europa sehr umstritten, in einigen EU-Ländern gesetzlich verboten.



TTIP erleichtert Fracking:

- USA müssen (Fracking-)Gas-Exporte normalerweise genehmigen, aber: Ausnahme für Staaten, mit denen USA Freihandelsabkommen haben.
- EU-Chemikalienregelungen machen Fracking in Europa schwierig, stehen aber mit TTIP unter Druck.
- US-amerikanischen Konzerne könnten gegen Verschärfungen von Auflagen, Moratorien oder Verbote von Fracking vorgehen.

# Bereich Chemikalien

## USA (TSCA)

Beweislast für Gefährlichkeit eines Stoffes liegt bei Behörden

Sicherheit von 62.000 Chemikalien einfach vorausgesetzt, keine Tests vorgeschrieben

Kein Vorsorgeprinzip

## EU (REACH)

Beweislast für Ungefährlichkeit eines Stoffes liegt bei Chemieindustrie

Industrie muss für mehr als 30.000 Chemikalien Informationen einreichen

Vorsorgeprinzip

- Auch bei Kosmetika Unterschiede: 1.300 verbotene Stoffe in EU, 11 in USA
- Wegen Investorklagerecht: Höhere Standards (z.B. strengere Grenzwerte für Schwermetalle in Kinderspielzeug) kaum noch durchsetzbar
- Bereits jetzt knickt EU ein: Unter anderem wegen TTIP verschleppt EU-Kommission Regulierung hormonell wirksamer Chemikalien

# Bereich öffentliche Daseinsvorsorge

- Wasser, ÖPNV, Gesundheitsversorgung, Bildung, Entsorgung: Öffentliche Daseinsvorsorge überwiegend in Hand von Kommunen/Ländern
- TTIP: Deregulierung, Öffnung von Dienstleistungen für ausländische Anbieter
- Viele Bürger lehnen das ab. Beispiel Wasser: Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ übergibt 1,8 Millionen Unterschriften gegen Wasserprivatisierung



# Regulatorische Kooperation: Demokratie wird ausgehebelt

**Rat für regulatorische  
Kooperation:** Abstimmung zwischen  
Behörden der USA und der EU bei  
neuen Gesetzesvorhaben



GLOBAL 2000/Brigitte Baldrian · CC BY-ND 2.0

- ➔ Wirtschaftsakteure hätten Mitspracherecht
- ➔ Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze würden noch vor dem parlamentarischen Prozess gestoppt oder abgeschwächt
- ➔ Ende des Vorsorgeprinzips in EU-Gesetzgebung!

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Regulatorische Kooperation: Ende des Vorsorgeprinzips

## **(USA) Sound Science**

Erst wenn zweifelsfrei belegt ist, dass ein Stoff zum Schaden führt, kann Staat Herstellung/Nutzung beschränken.

Nachweispflicht für Gefährlichkeit liegt bei Behörden

## **(EU) Vorsorgeprinzip**

Staat hat Spielraum bzw. Auftrag, nicht nur definitiv erwiesene, sondern auch mögliche Umwelt- und Gesundheitsschäden zu bekämpfen – trotz wissenschaftlicher Unsicherheit.

Nachweispflicht für Ungefährlichkeit liegt bei Herstellern

**Beste Beispiele für Wichtigkeit des Vorsorgeprinzips:  
DDT und Asbest!**

# Rechtsstaat wird ausgehebelt

**Investitionsschutz:** Investoren könnten bei geplanten Gesetzen/Reformen (z.B. im Umwelt- oder Verbraucherschutz) auf Entschädigung wegen entgangener Gewinne klagen

- ➔ Nationaler Rechtsweg kann umgangen werden
- ➔ Entschieden würde hinter verschlossenen Türen, von internationalem Tribunal
- ➔ Tribunal besteht aus Anwälten, die in anderen Prozessen als Anwälte für Unternehmen auftreten - Interessenkonflikte sind vorprogrammiert
- ➔ Schiedsspruch verbindlich, keine Berufung möglich



[www.stockvault.net](http://www.stockvault.net)\_Geoffrey Whiteway

# Investitionsschutz (ISDS): Beispiel Lone Pine vs. Kanada

## Bergbaukonzern Lone Pine Resources:

Schiefergas-Bohrungen unter  
St. Lawrence-Fluss

**2011:** Provinz Quebec erlässt Fracking-  
Moratorium für Region nach  
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

**2013:** Lone Pine klagt gegen Kanada  
vor internationalem Schiedszentrum

- Firmensitz USA: Investitionsschutz  
unter NAFTA
- Höhe: 250 Millionen US\$
- Begründung: Enteignung nicht in  
öffentlichem Interesse



Protest gegen Fracking in Quebec, 350.org, CC BY-NC-SA 2.0

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Große Kosten, kaum Nutzen

- Prognose: Jährliches **Wachstum von lediglich 0,05 Prozent** in der EU unter günstigen Bedingungen
- Ob versprochenes Wachstum Haushalte erreicht, ist völlig unklar
- Bestehende Freihandelsabkommen sprechen eine andere Sprache:
  - ➔ Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und den USA: Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr
  - ➔ Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko: Sinken der Löhne in den USA und Kanada



# Fazit

## **BUND lehnt TTIP ab!**

- Reelle Gefahr der Absenkung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards
- Investitionsschutz mit Schiedsverfahren stärkt Macht von Konzernen gegenüber demokratischen Regierungen, schränkt Gesetzgebungsprozesse ein
- Regulatorische Kooperation droht Vorsorgeprinzip weiter einzuschränken; droht Unternehmensmacht zu erhöhen
- Verhandlungen sind intransparent, massiver Einfluss der Wirtschaft
- Stopp der Verhandlungen erforderlich

## **BUND lehnt auch CETA ab!**

- Freihandelsabkommen mit Kanada, mit ähnlichen Folgen

# Wie geht es weiter?

- Ursprünglich geplant: Verhandlungsprozess soll bis Ende 2014 beendet sein. Gilt als unrealistisch
- Europäisches Parlament und Europäischer Rat (Mitgliedstaaten) müssen das Abkommen im Ganzen annehmen oder ablehnen
- Unklar, ob nationale Parlamente gefragt werden müssen



C Het grote Geld

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Wo finde ich Informationen?

- Auf unseren Seiten zu TTIP: [www.bund.net/ttip](http://www.bund.net/ttip)
- Abonnieren Sie unseren Newsletter: [www.bund.net/newsletter](http://www.bund.net/newsletter)
- Auf den Seiten des NGO-Bündnisses gegen TTIP:  
[www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de)

Auf den Seiten von Friends of the Earth Europe  
(englischsprachig): [www.foeeurope.org/EU-US-trade-deal](http://www.foeeurope.org/EU-US-trade-deal)

Erfahren Sie mehr:



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Streiflichter durch die nationale Presse

Süddeutsche Zeitung vom 10.5.2014

**Wirtschaft**

## Ein heimlicher Staatsstreich

Von Heribert Prantl

Das geplante Abkommen formuliert ein neues internationales Supergrundrecht: Ein Grundrecht auf ungestörte Investitionsausübung. Die Übersetzung der Investitionsschutzregeln ins Verständliche lautet so: „**Die ungestörte Investitionsausübung ist gewährleistet. Kein Großinvestor darf gegen seine Interessen zum Umweltschutz, Kündigungsschutz, Datenschutz, Verbraucherschutz und zu sozialer Verantwortung gezwungen werden**“. Das ist erstens ein Eingriff in die Rechtssetzungshoheit der Rechtsstaaten, die nicht mehr frei sind, ihre Verfassungsprinzipien in Gesetzesrecht zu übersetzen – weil dem Handelsabkommen ein mit Milliardenstrafen bewehrter Vorrang eingeräumt wird: Das Abkommen formuliert einen hochgesicherten Investitionsschutz; die Hochsicherheit besteht darin, dass Schadenersatz in Milliardenhöhe droht, wenn die Investition sich nicht wie gewünscht entwickelt. Geld schlägt die demokratische Verfassung; das ist der Mechanismus dieses Investitionsschutzes.

Das ist zweitens ein Eingriff in die Rechtsstaatlichkeit, der seinesgleichen sucht: Neben dem staatlichen Justizsystem wird ein privates Parallelrecht für Konzerne aufgebaut. Die normalen staatlichen Gerichte sind künftig nur noch für normale Menschen und Firmen zuständig. Für die privilegierten Großinvestoren gibt es Privatgerichte. Klagen können dort nur die Großinvestoren. Der Staat kann aber nicht gegen die Investoren klagen, wenn diese Menschenrechte missachten oder beim Fracking die Umwelt verpesten.

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Streiflichter durch die nationale Presse



Die Zahl regt Gabriel auf. Was denn das Ganze soll, empört er sich. Immer diese Dagegen-Haltung. Unterschriften sammeln gegen etwas, was es noch gar nicht gibt. „Wo hier im Saal keiner weiß, was drinsteht, Sie auch nicht“, hält er der Compact-Aktivistin vor.

De Gucht, der liberale EU-Kommissar aus Belgien, macht gleich mit. Er lese ja in seinen Mails auch, was Compact alles so treibe. Er persönlich aber versuche, für 500 Millionen Europäer zu sprechen. Ein Totschlagsargument. Typischer Reflex der TTIP-Befürworter, genervt vom Wirbel der Nichtregierungsorganisationen? Später

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

# Audiatur et altera pars!

## Deutschlandfunk – Interview

Beitrag vom 06.05.2014 07:42 Uhr



**Industrieverband zu TTIP Flammendes Plädoyer für ein Freihandelsabkommen mit den USA**  
Ulrich Grillo im Gespräch mit Jasper Barenberg

**Der Industrieverband BDI will im geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA nicht auf Regelungen zum Schutz von Investitionen verzichten. BDI-Präsident Ulrich Grillo hielt im Deutschlandfunk ein flammendes Plädoyer für das Vorhaben. Auch die umstrittenen Schiedsgerichte seien ein Vorteil.**

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Audiatur et altera pars!

Aus den Mitteilungen der Bundesregierung

## Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor der U.S. Chamber of Commerce am 2. Mai 2014

Ort: Washington D.C.

Sehr geehrter Herr Donohue, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr darüber, dass ich heute wieder in Washington sein kann, und ich freue mich auch, dass ich bei der U.S. Chamber of Commerce zu Gast bin. Wir können uns einmal mehr in diesem Rahmen vor Augen führen, wie eng die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa miteinander verbunden sind: Das gilt gesellschaftlich, das gilt politisch, und das gilt wirtschaftlich. Unsere transatlantischen Beziehungen beruhen auf gemeinsamen Werten und gemeinsamen Interessen. Wir wissen, dass wir nur gemeinsam die großen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen in unserer globalisierten Welt meistern können.

Usw. usw. usw.

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Audiatur et altera pars

**POSITION PAPER**

**BUSINESSEUROPE**

2 May 2014

## **INVESTOR-STATE DISPUTE SETTLEMENT – A NECESSARY MECHANISM TO ENSURE INVESTMENT PROTECTION**

### **KEY MESSAGES**

- 1. ISDS is a vital part of investment protection.** It provides for a neutral, fact-based mechanism of dispute resolution in cases of breaches of investment agreements...
- 2. Contrary to what is often claimed, ISDS does not limit the policy space of States,** including in the area of public goods and services. Instead, it helps establish a balance between the right of States to regulate and the rights of investors to protection under international law.
- 3. The current ISDS mechanism may be significantly improved.** For instance, it could be more transparent, inclusive and coherent.

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Und was sagen andere Betroffene?



## EMB-Position

### Zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - TTIP)

#### I. TTIP-Verhandlungen müssen eingestellt werden

Das TTIP gefährdet die EU in ökonomischer, ökologischer und sozialer Dimension. So sind unter anderem die Souveränität sowie der gesellschaftliche Frieden in der EU abhängig von der Fähigkeit, innerhalb der eigenen Grenzen sichere Nahrungsmittel in ausreichendem Umfang und in hoher Qualität flächendeckend zu produzieren. Das Transatlantische Freihandelsabkommen würde diese Fähigkeit empfindlich beeinträchtigen.

·  
·  
·

**Daher die Hauptforderung des EMB:**

**Die Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen müssen eingestellt werden!**

Mai 2014

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Und was sagen andere Betroffene?

## Der Standard, Wien

### Rewe gegen EU-US-Freihandelsabkommen

**REWE**

7. Mai 2014, 08:09

### **Offener Brief an die österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament - Einladung von Zivilgesellschaft und Handel zu rundem Tisch**

Köln - Nun hat sich auch ein einflussreicher Vertreter der Wirtschaft ausdrücklich gegen das EU-US-Freihandelsabkommen geäußert. "Die zuletzt bekannt gewordenen Entwürfe lassen leider befürchten, dass die hohe Qualität österreichischer Lebensmittel durch das Abkommen gefährdet werden könnte" schreibt Rewe-Chef Frank Hensel am Dienstag in einem offenen Brief an die österreichischen EU-Abgeordneten.

"Es ist aus unserer Sicht unbedingt notwendig, sicher zu stellen, dass österreichische und europäische Umwelt- und Sozialstandards keinesfalls gesenkt und eine Angleichung allenfalls an den höheren Standard ermöglicht werden darf", so Hensel weiter. "Die Auswirkungen eines Freihandelsabkommens wären besonders weitreichend und betreffen jeden Einzelnen. Umso weniger ist es akzeptabel, dass die Verhandlungen von der EU Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden. Diese Vorgehensweise führt zu einer massiven Verunsicherung der Österreicherinnen und Österreicher."

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Und was sagen andere Betroffene?



20. PARLAMENT DER ARBEIT  
DGB - Bundeskongress, Berlin, 11. - 16. Mai

Stand: 11.05.2014

**I 001**

Ud.-Nr. 1207

DGB-Bundesvorstand

**Freihandelsverhandlungen mit den USA aussetzen –  
Kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten,  
Verbrauchern oder der Umwelt**

Empfehlung der Antragsberatungskommission  
Annahme

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland

# Und wie geht es den Gegnern?

Veröffentlicht am 16.05.2014



250 protesters were arrested in Brussels on Thursday in the margins of the European Business Summit or EBS, a convention of business and political leaders.

Around 400 farmers, trade unions and citizens rallied outside the venue to protest against the so-called TTIP, a potential free trade deal currently being discussed by the EU and the US, and that featured high on EBS's agenda.

Protest groups claimed that big corporations are dictating European policy while the voices of citizens are not heard.

"Our demand is to stop the negotiation of TTIP, the Transatlantic Trade and Investment Partnership, which is a project for the sake of multinationals and very rich people."

"There is in the project of the Transatlantic Partnership something called ISDS (Investor to State Dispute Settlement). This means that a multinational that feels that its possible profits will be decreased by some social or ecological laws can sue a state on a private court and make the state pay very huge fines", said Secretary General, Belgian trade union for employees Felipe Van Keirsbilck. The EU and the US are due to resume talks on TTIP next Monday, only days before Europe holds elections. World leaders have strongly defended that removing trade barriers across the Atlantic could create millions of jobs.

# - Letzte Meldungen -



Die Grünen | Europäische Freie Allianz  
im Europäischen Parlament

PRESSEMITTEILUNG - Brüssel, 16. Mai 2014

## **EU-US-Freihandelsabkommen: Rat verweigert Transparenz bei TTIP**

Die Entscheidung des Rats das Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) nicht zu veröffentlichen kritisiert **Ska Keller**, handelspolitische Sprecherin der Grünen Europafraktion, scharf:

*"Das Handelsabkommen mit den USA wird weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Menschen in der EU haben, sie müssen wissen, was in TTIP verhandelt wird. Die Mitgliedsstaaten hätten gestern die Gelegenheit gehabt, das TTIP-Verhandlungsmandat zu veröffentlichen und endlich den Forderungen nach mehr Transparenz in den Verhandlungen nachzukommen. Der Rat hätte zeigen können, dass er die Sorge von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern in der EU ernst nimmt. Mehrere Mitgliedsstaaten haben sich dieser Forderung verweigert und so eine wichtige Chance vertan.*

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland